



Mitgliederzeitung der SP Kanton Aargau
 133 Februar 2013



EDITORIAL

Exponiert euch!

An der Sozialpolitischen Tagung vom 19. Januar haben rund 90 Mitglieder der SP Aargau Forderungen an die Sozialpolitik erarbeitet.



Die Diskussionen waren angeregt, das Interesse, das Engagement und die Sorge um die soziale Situation in unserem Kanton zu spüren.

Dass so viele Mitglieder einen Samstagmorgen für die Parteilarbeit hingeben, befriedigt tief. Und es beeindruckt, welche spannende, fundierte und weitsichtige Lösungsvorschläge dabei entstehen. Beeindruckt bin ich auch vom immensen Fachwissen, das sich in der SP sammelt. Wir haben taugliche Lösungen.

Was wir nicht haben, ist die Macht, diese Lösungen durchzusetzen. An der Tagung wurde gesagt: Das Beste wäre ein SP-Anteil von 51 Prozent. Davon sind wir weit entfernt. Unser Wahlergebnis im Kanton ist so schlecht, dass wir die politische Agenda kaum mitbestimmen können. Man hört unsere besten Lösungen im Aargau nicht.

Umso wichtiger ist es, dass wir unsere Ideen und Forderungen zu den Leuten bringen können – in den Medien, aber auch vor Ort in den Sektionen und Gemeinden. Dafür ist nicht mehr das Fachwissen entscheidend. Dafür braucht es einfache, manchmal vereinfachende und zuspitzende Worte, aber auch Hartnäckigkeit und Durchhaltewillen.

Wenn wir gehört und verstanden werden wollen, müssen wir volksnah werden. Nicht mit Scheinlösungen und Verunglimpfungen, aber mit der Lust, Lösungen nicht nur zu erarbeiten, sondern auch immer und überall für sie einzustehen.

Dieter Egli von Windisch ist Co-Präsident der SP-Grossratsfraktion und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau.

Herausforderungen

Ja, 2012 war ein durchgezogenes Jahr, aber unnötig schlechtreden sollten wir es nicht. Das bringt nicht weiter. Positiv: Urs Hofmann ist mit einem hervorragenden Resultat als Regierungsrat wieder gewählt worden. Leicht durchgezogen: Die Grossratsfraktion zählt immerhin wieder 22 Mitglieder, das ist schon ein kleiner Schritt vorwärts. Negativ: Bei den Grossratswahlen haben einige Bezirke bei den WählerInnen-Prozenten wiederum leicht nachgelassen – auf leider bereits tiefem Stand.

Für jedes (Wahl-) Ergebnis gibt es stets viele Interpretationen, die aber nicht alles erklären können. Kritik bei Verlusten ist schneller zur Hand als Anerkennendes bei Erfolgen. Das ist menschlich.

Nun aber positiv vorwärtsgerichtet: Wie bei Wahlen, so zum Beispiel den positiven letzten Regierungsrats-, Ständerats- und Nationalratswahlen, ist die SP Kanton Aargau auch intern durchwegs erfolgreich. Dies hat der sozialpolitische Anlass vom 19. Januar 2013 in Aarau gezeigt. Rund 90 Parteimitglieder mit bemerkenswertem Fachwissen haben sich intensiv vorbereitet, Input-Referate gelauscht, mit Engagement debattiert und politische Lösungs-

vorschläge für eine fortschrittliche Aargauer Sozialpolitik präsentiert. Und genetzt. Die Partei lebt und ist aktiv! Ich danke allen, die sich an diesem Anlass aktiv beteiligt haben.

2013 bringt wieder viele Herausforderungen. National steht neben anderen wichtigen Themen das Thema «gerechte Löhne» oben auf der Traktandenliste. Als erster Mini-Schritt die Abzocker-Initiative, viel wichtiger dann mit der 1:12-Initiative der JUSO und

Die Parteimitglieder vor Ort sind genauso das Gesicht der Partei wie die national bekannten vollamtlichen PolitikerInnen.

der Mindestlohninitiative der Gewerkschaften zwei Vorlagen, die wirklich für mehr Gerechtigkeit sorgen. Kommunal werden im Kanton Aargau Gemeinderäte, Parlamente, Kommissionen und Schulpflegen neu gewählt. Ohne starke Basis mit starken Menschen geht hier nichts. Die Parteimitglieder vor Ort sind genauso das Gesicht der Partei wie die national bekannten vollamtlichen PolitikerInnen. Auf kantonaler Ebene ist ein «Schwebjahr» angesagt, ohne die sonst übliche hohe Geschäftslast vor Ende der Legislaturperi-

ode. Im Frühjahr werden kaum grosse politische Brocken folgen.

Obwohl heute viele politische Aufgaben Verbundaufgaben zwischen Bund und Kantonen oder Kanton und Gemeinden sind, gibt es etliche Bereiche, in denen der Kanton zentrale Regelungsstelle ist. So zum Beispiel die Gesundheit, die Bildung und das Bauwesen. Im medialen und zum Teil auch im innerparteilichen Getöse geht das oft unter. Die Medienwirksamkeit und der Glanzfaktor sind bei der kantonalen Politik schwächer. Kantonal steht also eine tägliche, anstrengende, aber dennoch wichtige «Politik der kleinen Schritte» an. Doch sind wir ehrlich, wo gibt es in der Politik noch die wirklich grossen Schritte, die nicht nur angekündigt werden, sondern nachher auch funktionieren? Hier sind Beharrlichkeit und eine positive Grundeinstellung vonnöten. Die SP braucht auf allen Ebenen engagierte Menschen, die sich mit vollem Einsatz ins Zeug legen – also auch Dich, gerade bei den anstehenden Wahlen auf Gemeindeebene. Für Deinen Einsatz danke ich Dir schon jetzt ganz herzlich!



Marco Hardmeier ist Präsident der SP Aargau und SP-Grossrat.

KOMMENTAR

Wohnen und soziales Umfeld

Die Tatsachen, dass der Aargau im Vergleich mit anderen Kantonen eine relativ hohe Leerwohnungsziffer hat oder dass im Aargau das Mietzinsniveau eher tief ist, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass es für Leute mit mittleren und niedrigen Einkommen – besonders für alleinerziehende Frauen, kinderreiche Familien und Alleinstehende – nahezu keinen bezahlbaren Wohnraum gibt. Überproportional gestiegen sind in den letzten Jahren die Mieten der günstigsten 10 Prozent der Wohnungen. Verstärkt gilt dies in den Zentren. Die dadurch entstehende Verdrängung und der Anspruch auf immer mehr Wohnfläche haben die Zersiedelung mit ihren bekannten wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Kosten zur Folge. Dringend notwendig sind eine gute Nutzung vorhandener Flächen in den Bauzonen und verdichtetes Bauen.

Unsere Ziele:

- Ein bestimmter Anteil bezahlbarer familien- und kindergerechter Wohnungen und gemeinschaftlich nutzbarer Aufenthaltsräume gehört zur Auflage für neue grössere Überbauungen.
- Im Bauprozess nutzen die Gemeinden ihren gesamten Spielraum, um mehr Wohnraum für Leute mit durchschnittlichem und geringem Einkommen zu schaffen.
- Ein Zuschlag zur Ausnutzungsziffer für sozial fortschrittliche Wohnbauten ist prüfenswert.
- Die Idee des genossenschaftlichen Wohnungsbaus ist aktueller, diejenige des gemeinnützigen Wohnungsbaus dringender denn je.
- Neue Wohnformen – wie «Wohnen für Hilfe», also Wohnpartnerschaften zwischen Studierenden und Senioren – und neue Wohnkonzepte sollten von der öffentlichen Hand angegangen und gefördert werden.

Marie-Louise Nussbaumer Marty von Nussbaumen ist SP-Gemeinderätin und Co-Präsidentin der SP-Grossratsfraktion.



SOZIALPOLITISCHE TAGUNG DER SP AARGAU

Mit sozialer Gerechtigkeit uns

Yvonne Feri eröffnete mit ihrem Einstiegsreferat die Tagung. Der vollständige Text wird auf www.sp-aargau.ch aufgeschaltet.

Ein Blick auf Europa

Die Debatte über die unverzichtbare Vertiefung der sozialen Dimension in der EU darf nicht verbergen, dass das soziale Europa bereits im aktuellen Europäischen Gemeinschafts-Vertrag eine Grundlage hat. So in Bezug auf die Arbeitnehmenden und die Abschaffung von Diskriminierungen. Würde die Schweiz der EU beitreten, würde sie in verschiedenen Gebieten sozialer. Namentlich in gleichstellungspolitischer Hinsicht, betreffend Familienzulagen, Lohnausfallversicherung im Krankheitsfall, sinkende Arbeitszeiten und Kündigungsschutz. Das erstaunt auf den ersten Blick. Hinzu kämen bessere Bildungschancen, mehr Konsumentenschutz, bessere soziale und bürgerliche Grundrechte von Menschen, niedrigere Konsumenten-Preise und zusätzliche Impulse für den ökologischen Umbau der Energieversorgung. Das erstaunt weniger, denn darüber wird öfters berichtet.

Was müssen wir in der Schweiz erreichen?

1. Sicherstellen, dass wir die neuen Familienformen akzeptieren und von veralteten Geschlechterrollen Abschied nehmen.
2. Sicherstellen, dass die Care-Arbeit entweder als gleichwertige Arbeit wie Erwerbsarbeit anerkannt oder bezahlt wird.

3. Sicherstellen der Chancengerechtigkeit. Es sind sehr oft die Secondos und Sprösslinge der untersten sozialen Schicht, welche in der Vergangenheit weltweit die grossen wirtschaftlichen Leistungen erbracht haben. Chancengerechtigkeit bringt also nicht nur weniger Arme, sondern sichert auch Arbeitskräfte.

Fazit

- Stellen wir eine berechenbare soziale Sicherheit bereit. Denn nur wer keine Angst vor der Zukunft haben muss, kann ein würdiges Leben führen.
- Sichern wir mit Bildung den Wohlstand. Nur wer eine Ausbildung hat, hat die Möglichkeit, finanziell selbständig zu leben.
- Stärken wir Frauen und Familien und stellen somit gleiche Rechte sicher. Denn gleiche Rechte und Pflichten sind die Basis jeder zivilisierten Gesellschaft.

Yvonne Feri von Wettingen ist SP-Gemeinderätin und Nationalrätin



ere Lebensqualität verbessern

kk. In zehn Workshops wurden parallel zu den Grundlagen und Handlungsfeldern im Sozialbericht (s. S. 12) Analysen und Forderungen definiert. In dieser Ausgabe von links.ag bringen wir Hinweise auf vier Workshops. Die übrigen werden im März in links.ag 34 dokumentiert. Hintergrundtexte und Grafiken zu den Workshops und mehr Bilder werden auf www.sp-aargau.ch aufgeschaltet.

Einkommens- und Vermögensverteilung, Steuern

Die Ungleichverteilung ist relativ hoch, bei den Vermögen noch akzentuierter, und sie nimmt vor allem im Trend stetig zu. Steuerdaten sind grundsätzlich sehr problematisch für Verteilungsrechnungen. Bei Vermögen sind sie noch stärker verzerrt als bei Einkommen: 2. und 3. Säule sind nicht drin, Immobilien und andere Anlagewerte (z.B. Kunst) werden relativ stark unterschätzt. Es ist schwierig abzuschätzen, wie eine Vollerhebung die Statistik beeinflussen würde. Der Bericht meint, die Unterschiede würden kleiner. Die Erfahrungen auf der nationalen Ebene (so Steuerdaten vs. Verteilungsstudien der Credit Suisse oder des SGB) zeigen das Gegenteil.

Zusammenfassung in Stichworten:

Die Löhne und die Vermögen gehen auseinander (je nach Bevölkerungsgruppe). Die Lebenshaltungskosten steigen. Die Steuern sinken. Wie können wir Lebenshaltungskosten senken?

- Krankenkassenprämien → Prämienverbilligung
- Mieten → Genossenschaften
- Bildung → Stipendien
- Gebühren → ?

Massnahmen: Steuern neu organisieren: unten weniger, oben mehr; weg von den Einkommen; Auswirkungen der Steuersenkungen erheben; Steuerwettbewerb stoppen; Juristische Personen angemessen besteuern (Keine Geschenke), Erbschaftssteuer.

Solange die SP im Grossen Rat nicht mindestens 51 Prozent der Sitze hat, braucht es für Verbesserungen Ausdauer ...

Cédric Wermuth aus Baden ist SP-Nationalrat und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau.

Jugendliche und junge Erwachsene

Inhalt des Kapitels: Daten und Fakten zur Bildungspolitik, Übergang Volksschule – nachobligatorische Ausbildung und Bildungverlauf auf der Sekundarstufe II, Einstieg ins Erwerbsleben nach einer beruflichen Grundbildung, Jugendarbeitslosigkeit und Sozialhilfeabhängigkeit, Jugendkriminalität.

Folgende Themen fehlen: offene und aufsuchende Jugendarbeit, die Frage nach den



Bedürfnissen Jugendlicher zur persönlichen Entfaltung, Schulsozialarbeit, junges Sucht- und Risikoverhalten, Jugendliche mit Behinderung und Abbau der Beiträge an IV-Ausbildungen, VolksschulabgängerInnen und integrative Schulung. Wie weiter für Schülerinnen mit einer körperlichen oder geistigen Einschränkung, aus Regelklassen nach dem Schulabschluss?

Forderungen:

1. Bessere Abstimmung der Lerninhalte der Sekundarstufen I und II (Kontakt zwischen Volksschule und Wirtschaftsvertretern): weniger Lehrabbrüche, Abschlusszeugnisse geben genug Auskunft über die Fähigkeiten von Schülerinnen, Multi-Check und Basis-Check werden überflüssig (Verbot?), bessere Berufswahlkunde in den 8. und 9. Klassen der Volksschule, auch Bez, mehr Motivation für MINT-Berufe (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik).
2. Steuerung und Qualitätssicherung der offenen Jugendarbeit und der Schulsozialarbeit durch den Kanton: besserer Ausgleich der «Zentrumslasten», gemeinsame Ausrichtung in der Jugendarbeit im Kanton (wie andere Kantone), Verhinderung von Leistungsaufträgen an zweifelhafte Vertragsnehmer (Freikirchen!).
3. Elternbildung und Elterncoaching: Integrationsschwierigkeiten sind lange vor dem Ende der Volksschule sichtbar, aber in der Schweiz ist das elterliche Erziehungsrecht stark geschützt → ErziehungsPFLICHT und -verantwortung der Eltern in der gesellschaftlichen Wahrnehmung stärken. Begleitung der Eltern bei Schwierigkeiten.

Eva Schaffner von Aarau ist Vizepräsidentin der SP Aargau.

KOMMENTAR

Nein zu dieser Umfahrung Lenzburg

Das Projekt Neuhof/Hornfeld für eine Umfahrung von Lenzburg muss im Kontext von anderen Verkehrsprojekten gesehen werden, die der Kanton Aargau baut oder plant.



Kurz vor Ende seiner Amtszeit will Baudirektor Peter Beyeler noch Umfahrungen in Sins, Zurzach und Brugg plus

den Knoten Neuhof in Lenzburg durchpeitschen. Kosten: 260 Millionen Franken! Das Dekret zum Strassenverkehrsgesetz verlangt, dass Gemeinden bei solchen Projekten eine Beteiligung zwischen 20 bis 60 Prozent zu leisten haben. Dieser Prozentsatz wird systematisch unterschritten. Die meisten Umfahrungen würden also nicht gebaut, weil sie für die Gemeinden zu teuer wären.

Der Regierungsrat rechnet bis 2035 mit 100 000 EinwohnerInnen mehr im Aargau. Für Peter Beyeler heisst das zusätzliche 50 000 Autos. Offensichtlich hängt dieser Baudirektor einer ziemlich eindimensionalen Wachstumsideologie an. Mit einer anderen Siedlungspolitik, Verdichtungen in den bebauten Zonen, mit Anreizen für autofreies Wohnen und anderen Massnahmen könnte anders geplant werden.

Die Umfahrung Lenzburg ist auf die Spitzenstunden ausgerichtet. 75 Millionen für ein solches Projekt sind enorm hoch. Die Kosten stehen in keinem Verhältnis zum angeblichen Nutzen. Zudem muss befürchtet werden, dass damit die Weichen gestellt werden für den Ausbau der Bünzthalstrasse auf vier Spuren und die Umfahrung Dottikon.

Das Projekt ist überrissen, Alternativen wurden nicht ernsthaft geprüft. Die SP hat im Grossen Rat den Rückweiserungsantrag und auch das Behördenreferendum unterstützt.

Darum: Nein am 3. März 2013 zu diesem Projekt!

Jürg Cafilisch von Baden ist SP-Grossrat und Präsident VCS Aargau.

Jürg Cafilisch von Baden ist SP-Grossrat und Präsident VCS Aargau.

KOMMENTAR

Sozialpolitik im Aargau ...

Der vom Departement Gesundheit und Soziales herausgegebene aargauische Sozialbericht benennt viele traurige Aargauer Tatsachen:



■ 12 Prozent aller Haushalte leben mit einem knappen, 7,5 Prozent sogar mit einem sehr knappen Budget. Das sind weniger als 2100 Franken monatlich.

■ Die Schere zwischen den höchsten und den niedrigsten Einkommen klappt immer weiter auseinander. Für die 10 Prozent der Bevölkerung, die das niedrigste Einkommen haben, sind die Löhne sogar real gesunken.

■ Dasselbe beim Vermögen: Die Ungleichheit in der Vermögensverteilung nimmt ständig noch zu.

■ Alleinerziehende Mütter finden oft keinen anständig bezahlten Job, und bezahlbare Betreuungsangebote für Kinder fehlen.

■ Die älter werdende Bevölkerung ist eine soziale Herausforderung. Insbesondere die über 80-Jährigen leben häufig isoliert und haben nur ein Mal pro Monat Kontakt mit einer nahestehenden Person.

■ 12 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung haben keine Ausbildung. Sie leiden besonders stark, wenn es der Wirtschaft nicht gut geht.

Angesichts dieser Realität erstaunt die Aussage der Aargauer Sozialdirektorin Susanne Hochuli, die von der Regierung den Auftrag erhalten hat, eine Sozialstrategie zu formulieren: «Das Ziel ist es nicht, eine Sozialhilfepolitik zu betreiben» (AZ 17.8.2012). Natürlich hat die SP-Fraktion nichts gegen Hochulis Grundsatz «Hilfe zur Selbsthilfe statt Sozialhilfepolitik». Mit Massnahmen zur Selbsthilfe allein – wie Weiterbildungsangebote für Arbeitnehmende oder Beratungsdienste für Familien in schwierigen Situationen – ist es aber sicher nicht getan.

Marie-Louise Nussbaumer Marty von Nussbaumen ist SP-Gemeinderätin und SP-Grossrätin.

SOZIALPOLITISCHE TAGUNG DER SP AARGAU

Sozialpolitik im Aargau verbessern

Im Herbst 2012 ist der erste Sozialbericht des Kantons Aargau erschienen. Er bietet eine Übersicht und beschreibt die sozialpolitischen Massnahmen der Regierung. Die SP hat an ihrer sozialpolitischen Tagung vom 19. Januar 2013 dazu Stellung genommen.

Der Bericht ist aufgrund verschiedener Vorstösse im Grossen Rat entstanden. Er kommt, wenig überraschend, zu einem für die kantonale Verwaltung positiven Befund: Den Aargauerinnen und Aargauern geht es im Allgemeinen gut. Festgestellt wird aber auch, dass der wirtschaftliche Druck für verschiedene Bevölkerungsgruppen gewachsen sei.

Eindrücklich, aber nicht überraschend

Aufwendig mit vielen Zahlen unterlegt, konstatiert der Bericht, was wie in der ganzen Schweiz auch im Kanton Aargau traurige soziale Realität ist: Die Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung hat zugenommen, Frauen verdienen nach wie vor weniger als Männer, Kinder zu haben wird mehr und mehr zum Armutsrisiko, sozialer Aufstieg bleibt für Kinder mit Migrationshintergrund die Ausnahme, und für viele sind die Aussichten auf ein sicheres Alter getrübt.

Keine neuen Ideen

Dass der Kanton Aargau etwas dagegen tut, ist unbestritten. So werden denn auch verschiedenste sozialpolitische Massnahmen teilweise akribisch beschrieben. Allerdings orientiert sich der Bericht am Bisherigen, denkt die Sozialpolitik in den traditionellen Familien- und Gesellschaftsstrukturen und entwirft keine neuen Modelle: So kommt etwa das Thema Gleichstellung nur indirekt vor, Care-Arbeit gar nicht. Damit verspielt der Sozialbericht eine Chance.

Wunschvorstellungen und Realität

Wer sich durch die 260 Seiten des Berichts kämpft, hat aber einen guten Überblick über die aktuelle soziale Lage im Kanton Aargau, weiss, was man zu deren Verbesserung tun müsste und dass die kantonale Verwaltung vieles umsetzt. Es bleibt aber auch die Einsicht, dass die soziale Lage einer politischen Situation entspricht. Und die ist im Aargau geprägt

von Mittelknappheit wegen Steuersenkungswut – und von Scharfmachern, die von Selbstverantwortung reden und Sozialleistungen als Sozialmissbrauch sehen. Das Recht des Stärkeren ist für viele attraktiver als eine solidarische Gesellschaft: Zwei Stunden nach seinem Erscheinen wurde der Bericht von der grössten Partei im Aargau als «reine Geldverschwendung» abgetan.

Die SP redet mit

Dies zeigt, dass der Bericht wichtig ist. Und vieles, was er feststellt, mahnt die SP schon seit Jahren an. Die Sozialpolitik ist das Kernthema

Der Bericht orientiert sich am Bisherigen, denkt die Sozialpolitik in den traditionellen Familien- und Gesellschaftsstrukturen und entwirft keine neuen Modelle.

der SP. Deshalb nehmen wir zum Sozialbericht Stellung, bevor dessen Erkenntnisse in die kantonale Sozialstrategie- und Planung einfließen.

An der sozialpolitischen Tagung vom 19. Januar 2013 in Aarau haben wir mit 90 kompetenten TeilnehmerInnen unsere sozialpolitischen Standpunkte diskutiert und unsere Forderungen formuliert. Dabei ging es nicht nur darum, die richtigen Massnahmen zu eruieren, sondern auch deren Durchsetzbarkeit im momentanen finanz- und wirtschaftspolitischen Umfeld durchzusetzen.

Dieter Egli von Windisch ist Co-Präsident der SP-Grossratsfraktion.



DIVERSITY

Wer anders ist, gehört dazu

Diversität oder Diversity hat verschiedenen Dimensionen. Dazu gehören Geschlecht, Alter, ethnische Zugehörigkeit, Religion, physische, psychische und geistige Leistungsfähigkeit und sexuelle Orientierung. Menschen sind von unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten betroffen, im persönlichen Umfeld, in der Arbeitsumgebung und in der Gesellschaft.

Begriff

Begriff und Thema der Diversität sind keine Modeerscheinung. Diversität fordert Gesellschaften heraus, und kaum eine kann oder will sie nutzen, nicht in geschlossenen und kaum in offenen Gesellschaften. Ein Risiko besteht darin, die individuellen Schwierigkeiten und Probleme der von Diskriminierung betroffenen Menschen, aber auch deren Potential und Entwicklungschancen nicht zuzulassen. Ein anderes, die diversen Verschiedenheiten in einen Topf zu werfen. Das geht nicht: Jede ist eine Welt für sich. Die Chance aber besteht für alle im Ziel: Inklusion.

Inklusion, Einbezug, ist nicht stillschweigendes Akzeptieren, sondern das aktive Mitbeziehen in Gesellschaft und Arbeitswelt. Nur damit wird das Potential im Anderssein chancengleich genutzt. Es braucht nicht die blossen Nicht-Diskriminierung, sondern Voraussetzungen, damit sich jeder Mensch in seiner Lebenswirklichkeit entfalten kann.

Sexuelle Orientierung und gläserne Decke

Ich will mich hier auf zwei Dimensionen beschränken, die meine eigene Lebenswelt betreffen: Geschlecht und sexuelle Orientierung. Ich gehöre zu einer Generation, die von den Kämpfen ihrer Mütter profitiert hat. Diese haben dafür gesorgt, dass Frauen (der weissen, europäischen Mittelschicht) eine gute Ausbildung bekommen, stimmen und wählen, heiraten oder nicht heiraten und so die Basis für eine relative Unabhängigkeit legen können. Relativ deshalb, weil eine wirkliche Chancengleichheit noch immer nicht besteht: Im Beruf stossen viele an die gläserne Decke, die Lohngleichheit ist noch immer nicht erreicht und der Entscheid, Kinder zu haben, führt in den meisten Fällen zur wirtschaftlichen Abhängigkeit und dem Karriere-Aus. «Die Geschlechterfrage ist in jeder Frage über persönliche und staatliche Gewalt enthalten», sagt die amerikanische Philosophin Judith Butler.

Einschränkungen in der Lebensgestaltung erfahren auch Menschen mit einer divergierenden sexuellen Orientierung. Ich bin keine



Maria von Känel Scheibling mit Familie

Freundin einer staatlich und kirchlich gesegneten Ehe. Ich prangere aber an, dass Frau und Mann heiraten dürfen, während homosexuellen Paaren kein Recht auf eine konservative Form der Familie zugestanden wird. Dies führt zur absurden Situation, dass eine ledige lesbische Frau ein Kind adoptieren darf, nicht aber ein lesbisches Paar in eingetragener Partnerschaft.

In der Arbeitswelt wird die sexuelle Orientierung oft versteckt. Auch hier gibt es die gläserne Decke, für eine lesbische Frau somit eine doppelte.

Nur wenn man es einbezieht, wird das Potential im Anderssein chancengleich genutzt.

Wege aus dieser Situation wird es wohl erst in Zukunft geben. Die Queer-Theorie schlägt die Auflösung der traditionellen Geschlechterrollen und der damit zusammenhängenden Zwänge und Sanktionen vor. Keine Kreuzchen mehr bei Personen- und Zivilstand in den entsprechenden Kästchen auf Formularen wäre ein erster Schritt in diese Richtung – auch auf dem Zivilstandsamt!

Brigitte Ramseier von Gränichen ist politische Parteisekretärin der SP Aargau und Vorstandsmitglied von WyberNet, dem Netzwerk für engagierte lesbische Berufswomen.



KOMMENTAR

Keine weitere Zersiedelung!

Seit 1950 hat sich die Schweizer Siedlungsfläche verdoppelt, es wurde also gleich viel Boden baulich genutzt wie in vielen Jahrhunderten zuvor zusammengenommen. Heute werden pro Sekunde rund 1,5 Quadratmeter Boden überbaut, jährlich die Fläche des Walensees. Im Kanton

Aargau sind es im Jahr 200 Hektaren, davon durchschnittlich 22 Hektaren Fruchtfolgeflächen, bestes Landwirtschaftsland. Gründe für diese Entwicklung sind das Bevölkerungswachstum, ein zunehmender Flächenbedarf pro Person und die Trennung von Arbeit und Wohnen.

Auch das Gewerbe verschleudert Land. Ein Beispiel: die beiden Discounter Aldi und Lidl. Sie sind erst seit 2004 auf dem Markt und haben beide seither stolze 1,5 Millionen Quadratmeter Verkaufsflächen und Parkplätze geschaffen. Diese eigentlichen Landfresser haben sich meist auf den grünen Wiesen angesiedelt.

Aber nicht immer wird das Land sofort überbaut. Die Spekulation ist ein wichtiger Preistreiber. Die Bauzonen sind viel zu gross. Konkret müssen die Siedlungsflächen begrenzt werden. Dort, wo bereits genügend Bauland vorhanden ist, dürfen neue Einzonungen vorerst nicht mehr möglich sein.

Das Unbehagen wegen der Siedlungsentwicklung hat sich jüngst in der Annahme der Initiative für die Begrenzung der Zweitwohnungen gezeigt. Die Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG) ist ein Gegenvorschlag zur Landschaftsinitiative, die ein 20-jähriges Moratorium für Bauzonen will. Diese Initiative wurde vor dem Ausgang der Abstimmung über das revidierte RPG noch nicht zurückgezogen.

Die SP Aargau hat einstimmig die Ja-Parole zur Revision des RPG gefasst.

Jürg Cafilich von Baden ist SP-Grossrat.

KOMMENTAR

Ja zur Familie!

Die Bundesverfassung widmet allen möglichen Politikbereichen einen eigenen Artikel: von der Regionalpolitik bis hin zu den Wander- und Velowegen. Nicht aber der Familienpolitik. Noch nicht! Am 3. März hat es die Schweizer Bevölkerung in der Hand, der Familie jenen Platz in der Verfassung einzuräumen, den sie verdient.



Zwar entspricht die Vorlage längst nicht mehr der ursprünglichen Idee, einen «umfassenden» Familienartikel in die Verfassung aufzunehmen. Nichts desto trotz widmet sich der im parlamentarischen Prozess abgespeckte Artikel 115a einem zentralen Anliegen, indem er Bund und Kantone verpflichtet, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Die familienpolitische Hauptverantwortung bleibt bei den Kantonen; falls diese jedoch die Vereinbarkeit nicht genügend unterstützen, kann der Bund gesamtschweizerische Vorgaben machen.

Wichtig dabei: Wie eine Familie ihren Alltag organisiert, ist und bleibt selbstverständlich Privatsache. Hingegen gehört es zu den öffentlichen Aufgaben unserer Gesellschaft, den Familien eine echte Wahlfreiheit zwischen den verschiedenen Modellen zu ermöglichen. Dazu braucht es ein ausreichendes Angebot an familienergänzenden Betreuungsplätzen.

Der Familienartikel ist ein kleiner, aber wichtiger Schritt in die richtige Richtung, der unsere volle Unterstützung verdient... und auch brauchen wird! Denn familienpolitische Anliegen hatten es in der Schweiz – in der es kein eigenes Bundesamt geschweige denn ein Departement für Familienfragen gibt – noch nie einfach. Machen wir uns stark für die Familien und für ein deutliches JA am 3. März!

Pascale Bruderer von Nussbaumen ist SP-Ständerätin.

CARE- ODER SORGEARBEIT

Care-Arbeit: Warum soll das ein Frauenthema sein?

In der Care-Arbeit spiegeln sich die aktuelle Wirtschaftspolitik wie die Sozialpolitik: Wer leistet die reproduktive Arbeit? Bezahlt oder unbezahlt? Das wichtige Thema kommt im aargauischen Sozialbericht gar nicht wirklich vor.

Auf Google gibt es zum Stichwort «Care-Arbeit» 9800000 Hits. Seit den 70er Jahren wird die Frage diskutiert, zuerst von feministischen Ökonominnen wie der Baslerin Mascha Madörin, zunehmend auch von der Soziologie und der Ökonomie und den Gleichstellungsbüros. Der Aargauer Regierung ist das Thema in ihrem Sozialbericht von 2012 aber kein Wort wert. Sucht man online unter «Care Aargau», erscheinen Angebote für Palliative Care ...

Sorge für andere ist ein Thema für sich

«Entwicklung ist nicht nur eine Frage von steigendem Einkommen (...), ebenso wichtig ist die Sorge für andere (Care). (...) Die Sorgearbeit, auch Reproduktionsarbeit genannt, ist zudem unerlässlich für eine nachhaltige Wirtschaft.»¹ So die United Nations Development-Programme von 1999 zur Sorgearbeit. Alles steht still, wenn Care nicht will. Oder nicht vorhanden ist.

Das alte Familienmodell – Mann verdient, Frau sorgt zu Hause – gilt nicht mehr. Gut ausgebildete, berufstätige Frauen, eine Scheidungsrate von über 50 Prozent, unsichere Arbeitsplätze, Ökonomisierung des gesamten Service public: Sorge und Betreuung neben der Berufsarbeit unterliegen heute anderen Bedingungen als früher. Heute wird ein Fünftel der Care-Arbeit bezahlt geleistet – meist unter schlechten Arbeitsbedingungen oder durch Schwarzarbeit. Vier Fünftel aber leisten Frau (zwei Drittel) und Mann (ein Drittel) unbezahlt, neben oder anstatt Erwerbsarbeit. Und mit der schönen, auch im Aargau gültigen Maxime «ambulant vor stationär» wird die Betreuungsarbeit ins Private ausgelagert. Finanzstatistiken erfassen nur bezahlte Dienste. Aber: «Berechnet man den Wert der unbezahlten Arbeit, dann ergeben sich allein für privat geleistete direkte Betreuungsarbeit (ohne Hausarbeit) für Kinder und Erwachsene Arbeitskosten von jährlich über 80 Milliarden Franken. Das entspricht etwa den gesamten jährlichen Arbeitskosten in Baugewerbe und Handel. Rechnet man die indirekte Care-Arbeit (Hausarbeit) dazu, dann sind es rund 100 Milliarden Franken, was den Arbeitskosten des gesamten zweiten Sektors (Industrie und Gewerbe) pro Jahr entspricht.»²

Es hängt an den Frauen

Dass vor allem Frauen die unbezahlte familiäre Betreuung übernehmen und auf Berufsarbeit verzichten, hat viele Gründe: alte Rollenbilder, tiefere Frauenlöhne, einkommensabhängige Tarife in Krippen, die steuerliche Progression. Der Berufsverzicht rächt sich bei einer Scheidung, in der Karriere und der beruflichen Vorsorge. Damit wird partnerschaftliche Sorge auch zur Rechenaufgabe. Wollen Frauen andere Verhältnisse, hängt es auch an ihnen, sich gemeinsam politisch für Fortschritte einzusetzen.

In der Not eine Sklavin

In der Not, vor allem der häuslichen Pflege alter Menschen, greifen Familien auch zur Lösung mit ausländischen Hausangestellten mit und ohne Aufenthaltsgenehmigung, die oft zu geringem Lohn, ohne volles Entgelt bis zu 24 Stunden bereit stehen. Dieser Markt boomt, und wer ihn nutzt, hat zu Recht ein schlechtes Gewissen.³ Es ist auch nicht damit getan, wie die Caritas mit ihrem Rumäninnen-Projekt das möchte, Ausländerinnen (die dann zu Hause fehlen oder nächstbilligere Care-Chain-Ausländerinnen anstellen) etwas mehr zu bezahlen – es bleibt Ausbeutung. Auch das ist eine Folge von «ambulant vor stationär» – und von horrenden Pflegeheimkosten.

Es gibt grossen Nachholbedarf im Handlungsfeld Care-Arbeit. Wir müssen das Problem endlich erkennen und lösen. Verschweigen führt zu nichts.

Katharina Kerr ist Redaktorin links.ag.

¹ Verschiedene Autorinnen: Care, Krise und Geschlecht. *Widerspruch* 62, 1. Halbjahr 2013

² Sarah Schilliger: Who cares? Care-Arbeit im neoliberalen Geschlechterregime. *Widerspruch* 56, 1. Halbjahr 2009, S. 93–106
Weitere Arbeiten zum Thema sind in den angegebenen Arbeiten aufgeführt.

³ United Nations Development-Programme von 1999 zur Sorgearbeit

² Absicherung unbezahlter Care-Arbeit von Frauen und Männern. Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann EBG, Mai 2012. *Anerkennung und Aufwertung der Care-Arbeit*. Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann EBG, Oktober 2010

³ *Yes we care*. Präsidialdepartement des Kantons Basel-Stadt, Mai 2012

ABZOCKERINITIATIVE

Zeichen setzen: Ja zur Abzocker-Initiative!

Die Kader haben in den letzten zehn Jahren 28 Prozent mehr eingenommen, die Löhne der normalen Angestellten stiegen nur um 2 bis 5 Prozent. Die Bevölkerung hat mit Recht genug von der Abzockerei. Die überrissenen Bezüge der Chefetagen müssen gestoppt werden.

Ein Ja zur Abzocker-Initiative ist ein positives Zeichen für die 1:12-Initiative der JUSO und die Mindestlohninitiative der Gewerkschaften. Statt explodierende Managersaläre brauchen wir faire Löhne für alle. Was die Abzockerinitiative bringt, zeigen folgende Auszüge aus dem Initiativtext:

«Art 95 Abs. 3 (neu) BV: Zum Schutz der Volkswirtschaft, des Privateigentums und der Aktionärinnen und Aktionäre sowie im Sinne einer nachhaltigen Unternehmensführung regelt das Gesetz die im In- oder Ausland kotierten Schweizer Aktiengesellschaften nach folgenden Grundsätzen:

a. Die Generalversammlung stimmt jährlich über die Gesamtsumme aller Vergütungen (Geld und Wert der Sachleistungen) des Verwaltungsrates, der Geschäftsleitung und des Beirates ab. Sie wählt jährlich die Verwaltungsratspräsidentin oder den Verwaltungsratspräsidenten und einzeln die Mitglieder des Verwaltungsrates (...). Die Pensionskassen stimmen im Interesse ihrer Versicherten ab und legen offen, wie sie gestimmt haben (...).

b. Die Organmitglieder erhalten keine Abgangsentschädigung, keine Vergütung im Voraus, keine Prämie für Firmenkäufe und -verkäufe und keinen zusätzlichen Berater- oder Arbeitsvertrag von einer anderen Gesellschaft der Gruppe (...).

c. Die Statuten regeln die Höhe der Kredite, Darlehen und Renten an die Organmitglieder, deren Erfolgs- und Beteiligungspläne und deren Anzahl Mandate ausserhalb des Konzerns sowie die Dauer der Arbeitsverträge der Geschäftsleitungsmitglieder.»

Zur Umsetzungsgeschwindigkeit heisst es in den Übergangsbestimmungen: «Bis zum Inkrafttreten der gesetzlichen Bestimmungen erlässt der Bundesrat innerhalb eines Jahres die erforderlichen Ausführungsbestimmungen.»

Echte Alternative fehlt

Eine echte Alternative zur Abzocker-Initiative fehlt. Der einzig wirklich gute direkte Gegen-

vorschlag, nämlich eine Bonussteuer auf Löhnen über drei Millionen Franken, wurde vom Parlament in letzter Minute versenkt. Was jetzt als Alternative übrig bleibt, ist ein indirekter Gegenvorschlag, der mit Gesetzesänderungen zwar das geltende Recht nachbessert, aber weniger verbindlich ist als die Initiative. Zu viele Kann-Bestimmungen öffnen den Abzockern wieder Schlupflöcher aller Art. Goldene Fallschirme und Millionen-Willkommens-

Ein Ja zur Abzocker-Initiative ist ein positives Zeichen für die 1:12-Initiative und die Mindestlohninitiative der Gewerkschaften.

geschenke für Manager wären weiter möglich. Der indirekte Gegenvorschlag tritt nur bei einem Nein in Kraft, da die Volksinitiative Vorrang hat.

Dass sich Verwaltungsräte heute die eigenen Vergütungen selbst zuschanzen, ist falsch. Die Lohnschere ist so in den letzten 30 Jahren von Faktor 20 auf über 1000 angestiegen. Die Abzocker-Initiative ist ein Schritt in die richtige Richtung: Sie bringt mehr Kontrolle und macht Schluss mit goldenen Fallschirmen. Es gilt, mit dem Ja zur Abzockerinitiative ein Zeichen für eine Schweiz für alle statt für wenige zu setzen!

Max Chopard-Acklin

von Nussbaumen ist SP-Nationalrat.



PAUSCHALBESTEUERUNGS-INITIATIVE

Die Sammelfrist läuft am 11. Mai ab, und es fehlen uns noch rund 2000 Unterschriften! Bitte sammelt und organisiert in Euren Bezirks- und Sektionsparteien Sammeltage.
Unterschriftenbogen: www.sp-aargau.ch
Wir brauchen Euren Einsatz!

KOMMENTAR

Parolenchaos bei der Abzockerinitiative

Die Parolen zur Abzockerinitiative von Thomas Minder sind alles andere als ein-



heitlich. Von links kommen dreierlei Signale: Ja von SP, Unia und Grünen, leer einlegen von vpod und SGB, Nein von Travailsuisse, vom Baslerländer Ständerat Claude Janiak und von KV Schweiz-Präsident und Nationalrat Daniel Jositsch. Die bürgerlichen Parteien sind auch gespalten.

Klar für ein Nein ist Economiesuisse. Der Wirtschaftsdachverband will 6 bis 8 Millionen Franken für seine Kampagne einsetzen, Blocher-Schwiegersohn Roberto Martullo (SVP) geht von 20 Millionen aus. Die Economiesuisse-Kampagne scheint trotz gekaufter Leserbriefe Erfolg zu haben: Waren im Sommer 2012 noch 75 Prozent für ein Ja, sind es Mitte Januar nach einer Isopublic-Umfrage noch 54 Prozent. Die Nein-Argumente: Firmenabwanderung, sinkende Renten und Instabilität in den Verwaltungsräten. Fakt ist: Die Wirtschaft fürchtet, künftig nicht mehr so einfach abzocken zu können.

Mit seiner Initiative hat sich der weit rechts stehende Trybol-Chef Minder sprachlich bei der SP bedient. Die Initiative ist ein Etikettenschwindel; sie ist nicht das ultimative Mittel gegen die Abzockerei.

ABER: Sie ist ein guter Anfang. Wird sie abgelehnt, tritt fast automatisch ein «Indirekter Gegenvorschlag (IG)» in Kraft. Dieses demokratiepolitisch fragwürdige, aber legale Instrument¹ bringt mit lauter Kann-Formulierungen noch weniger als die Initiative. Diese setzt ein Zeichen gegen die Abzockerei. Wirklich wirksam aber werden dann die 1:12- und die Mindestlohninitiative.

Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin links.ag.

¹ Beim Indirekten Gegenvorschlag (IG) stellt die Bundesversammlung oder der Bundesrat bei einer Volksabstimmung der Initiative eine Gesetzesänderung oder einen -vorschlag gegenüber, die dem Kern der Volksinitiative Rechnung tragen, aber weniger weit gehen sollen. Über den IG kann vom Volk nur mittels Referendum abgestimmt werden, aber, anders als bei einem direkten Gegenvorschlag, erst nach der Abstimmung über die Initiative.

ENERGIEINITIATIVE

Ein Gesetz mit messbaren Zielen

Der Aargau verfügt über genügend Ressourcen, um seinen Strom- und Wärmebedarf mit erneuerbaren Energien und Energieeffizienz zu decken. Um die Abhängigkeit von Gas-, Öl- und Urantransporten zu reduzieren und die Klimaziele zu erreichen, hat sich die SP Aargau zusammen mit Pro Holz, dem WWF, dem VCS, dem NWA, der SSES, den Grünen und den Grünliberalen zu einer Allianz zusammengeschlossen und die Energieinitiative «AARGAU effizient und erneuerbar!» lanciert.

Damit die Energiewende gelingt, muss auch der Kanton Aargau fortschrittliche Gesetze schaffen. Doch der Grosse Rat hat vor einem Jahr dem revidierten Energiegesetz die Zähne gezogen: Es fehlen darin messbare Ziele, die dem Aargau den Anschluss ans neue Energiezeitalter ermöglichen. Die SP will einen Energiekanton, der vorausschauend handelt. Denn wenn die letzten AKW vom Netz gehen, wollen wir gerüstet sein.

Der Aargau ist prädestiniert für die Versorgung durch erneuer-

bare Energien, decken doch unsere kantonalen Wasserkraftwerke heute schon zwei Drittel unseres Strombedarfs ab. Damit wird der Aargau zu einer zentralen Stütze der Energiestrategie des Bundes. Es werden aber weitere kantonale Fördermittel gefragt sein, um ein schnelles Handeln anzuregen. Der Aargau wird eine eigene, kantonspezifische Strategie aufbauen müssen. Mit einer wirkungsvollen Koordination und der Planung geeigneter Standorte für die Gewinnung erneuerbarer Energien, kann und muss der Kanton den Zubau deutlich vervielfachen und fördern. Die Richtplananpassung Windkraftanlagen, die Übersichtskarte Geothermische Kraftwerke Aargau sind der Anfang einer Positivplanung. Die Verfahren müssen aber verkürzt werden.

Das letzte Drittel unseres Strombedarfs kann mit vorhandenen Potentialen wie Biomasse, Wind- und Sonnenenergie gedeckt werden. Um bis ins Jahr 2035 auf 100 Prozent einheimische erneuerbare Energie um-

steigen zu können, werden nach Aussagen des Bundes jährlich vier Milliarden Franken in Effizienz und erneuerbare Energieformen investiert werden müssen. Diesen Investitionen stehen aber Erträge durch den Stromverkauf und die eingesparten Stromkosten gegenüber. Dies zahlt sich volkswirtschaftlich vollständig aus, da die Investitionen grösstenteils an einheimische Unternehmen gehen.

Helfen wir dieser Initiative zum Durchbruch, damit auch der Aargau die Energiewende schafft! Damit das Energiegesetz klare Ziele erhält, damit Strom und Wärme effizient genutzt werden und damit das Potential der Erneuerbaren ausgeschöpft wird und die Wertschöpfung in der Region bleibt!



Astrid Andermatt-Bürgler von Lengnau ist SP-Grossrätin und Mitinitiantin der Energieinitiative.
www.energieinitiative-ag.ch

AGENDA

19. Februar, 19. März
Jeweils 18 Uhr im Volkshaus
Aarau, Bachstrasse 43
**Geschäftsleitungssitzung
der SP Aargau**

12. März, 19–21 Uhr, Restaurant
Rathausgarten, Aarau
Parteirat

28. März, 19.30 bis 21 Uhr,
Kulturbeiz Chappelhof, Kapell-
strasse 4, Wohlen
**Berner Suppe à la Nationalrat
Max Chopard mit Gast Cédric
Wermuth**

PAROLEN

Abstimmung vom 3. März 2013

EIDGENÖSSISCHE VORLAGEN

- Bundesbeschluss über die Familienpolitik: **JA**
- Volksinitiative «Gegen die Abzockerei»: **JA**
- Änderung des Bundesgesetzes über die Raumplanung: **JA**

KANTONALE VORLAGE

Lenzburg; A1-Zubringer, Kantons-
strassen K 123 und K 247, Pro-
jekt Neuhofer; Kreditbewilligung
vom 4. Dezember 2012: **NEIN**

INITIATIVE «KINDER UND ELTERN»

Jede Unterschrift ist wichtig!

Die Initiative will ein qualitativ hochstehendes, aber niederschwelliges Betreuungsangebot für Kinder und ihre Eltern. Sie verpflichtet die Gemeinden, bei Bedarf familienergänzende Betreuungsstrukturen anzubieten, die von Familien freiwillig genutzt werden. Die Eltern leisten einen Kostenbeitrag, der ihrer Finanzkraft angemessen ist, jedoch maximal kostendeckend ist. Die Qualität der Angebote soll mit Minimalstandards definiert werden. Bitte Unterschriftenbogen auf www.kinderundeltern.ch herunterladen, ausfüllen und einsenden an:



Aargauischer Lehrerinnen- und Lehrerverband alv, Entfelderstrasse 61,
Postfach 2114, 5001 Aarau.

17. Berner-Suppe à la Nationalrat Max Chopard-Acklin



Donnerstag 28. März 2013
19.30 bis 21.00 Uhr

Kulturbeiz Chappelhof
Kapellstrasse 4, Wohlen AG

**Max Chopard-Acklin und
Cédric Wermuth
berichten von der Frühlingssession**

mit offerierter Suppe

Es lädt ein:
SP Bezirk Bremgarten

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43
Postfach, 5001 Aarau
Tel. 062 834 94 74
Fax 062 834 94 75
sekretariat(at)sp-aargau.ch
www.sp-aargau.ch

Erscheint 9 Mal pro Jahr
Auflage links.ag: 3255 Expl.

Redaktion: Katharina Kerr
katkerr(at)katkerr.ch

Redaktionsschluss für diese Ausgabe
21. Januar 2013
Redaktionsschluss nächste Ausgabe
25. Februar 2013

An dieser Nummer haben mitgearbeitet:
Astrid Andermatt, Pascale Bruderer,
Jürg Cafilisch, Max Chopard-Acklin,
Dieter Egli, Yvonne Feri, Marco Hard-
meier, Katharina Kerr, Marie-Louise
Nussbaumer Marty, Brigitte Ramseier,
Eva Schaffner, Cédric Wermuth. Fotos
Sozialpolitische Tagung: SP Aargau.